

Bilstein will Kodex für Ratsmitglieder WFA 01.03.

Eine Art Positivkatalog soll vorgeben, wie sich Ortspolitiker öffentlich verhalten sollten.

Von Solveig Pudelski
und Anja Carolina Siebel

Eine Art Ehrenkodex für den Stadtrat: SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Bilstein wünscht sich, dass sich die Mandatsträger auf eine Art Positivkatalog einigen. Der soll den Diskurs in Sitzungen, bei Diskussionen, gegenüber Bürgern, aber auch in den sozialen Medien etwas steuern.

Die Diskussion darüber, wie sich Wermelskirchener Politiker verhalten und äußern sollten, um ihrer Vorbildfunktion als gewählter Politiker in einem Rechtsstaat Rechnung zu tragen, war, wie berichtet, nach einem Facebook-Post von Henning Rehse (WNK/UWG) entbrannt. Bilstein, der auch in der Flüchtlingsinitiative engagiert ist, hatte die Äußerung Rehses auf Facebook, „Es geht (bei dem Einsatz von Rettungsschiffen, Anmerk. der Red.) ausschließlich darum, dass bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölke-



Jochen Bilstein lässt nicht locker. Ihn hatte die Facebook-Aussage von Henning Rehse empört.
Foto: Roland Keusch

rung zu verändern“, scharf kritisiert. Rehse argumentierte, er habe die Aussage als Privatmann gepostet, nicht als Ratsmitglied, also abseits jedweder Funktionen und Gremien.

Jochen Bilstein hatte daraufhin gefordert, Rehse vom Rat rügen zu lassen. Das ist aber rechtlich nicht möglich. Deshalb kommt vom SPD-Fraktionsvorsitzenden nun dieser Vorschlag: „Das soll eine Art Minimalkonsens sein, mit dem

wir deutlich machen, dass wir die Demokratie verteidigen und die Menschenwürde achten – aller Menschen, egal welcher Rasse, Religion und Kultur“, sagte Bilstein.

Die Mandatsträger sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein, die Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen. Diesen Vorschlag wolle er im Ältestenrat unterbreiten. Bilstein: „Ich hoffe auf Zustimmung der anderen Fraktio-

nen.“ Bei diesem Treffen sollte über den Antrag Bilsteins noch einmal beraten werden.

Unterschiedliche Stimmen aus den Fraktionen

Aus den Reihen der Fraktionen kommen unterschiedliche Reaktionen. „Der Ortsvereinsvorstand der SPD-Wermelskirchen steht in der aktuellen Diskussion um radikale Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der WNKUWG, Henning Rehse, geschlossen hinter Jochen Bilstein. Es geht dabei nicht darum, wie Rehse und seine Mitstreiter glauben machen wollen, unliebsame Meinungen anzuprangern. Es geht darum, auf politische Brandstiftung aufmerksam zu machen“, schreibt Ortsvereinsvorsitzende Petra Weber.

Thorn Seidel und Stefan Kind (WNK/UWG) konstatieren dagegen: Herr Bilstein versuche ohne Not, das demokratische Instrument des Antrags dafür zu missbrauchen, ein Mitglied des Rates mundtot zu machen und ihm missliebige Meinungen zu unterdrücken.

Bürgermeister nimmt Stellung zum Dorfpark

Rainer Bleek rückt nicht davon ab, dass die Jugendlichen in Dabringhausen die Initiative ergreifen müssen.

WGA
6.9.14

Von Anja Carolina Siebel

Bürgermeister Rainer Bleek äußert sich jetzt schriftlich zu der Kritik an der Stadt, die Jugendliche, Eltern und zum Teil auch Ortspolitiker am Freitagabend in Dabringhausen geäußert hatten.

Wie berichtet, war Bleek am Freitagabend nicht zum Treffen im Dorfpark erschienen. Er

hatte ausrichten lassen, dass die „Diskussion jetzt eine andere Dynamik“ habe. Wie ebenfalls berichtet, hatten Jugendliche die von der Stadt aufgestellten Schilder abgerissen, beziehungsweise beschmiert. Die Verwaltung wollte mit den Schildern bewirken, dass Jugendliche im Dorfpark nach 20 Uhr keinen Alkohol mehr konsumieren

und nicht mehr laut Musikhören sollten. Das Aufstellen der Schilder hatte bei vielen Dabringhausern Unmut ausgelöst.

Unter anderem war beim Treffen der Wunsch nach einem alternativen Treffpunkt zum Dorfpark laut geworden. Bleek: „Ein alternativer Treffpunkt besteht bereits auf dem Schulhof und der überdachten Pausenhalle der Grundschule

Höferhof. Mit der sich dort treffenden Jugendgruppe wurden Absprachen getroffen zu Benutzung dieses Schulgeländes. Bislang läuft das reibungslos und wird von uns als Modell gesehen für weitere Treffpunkte.“

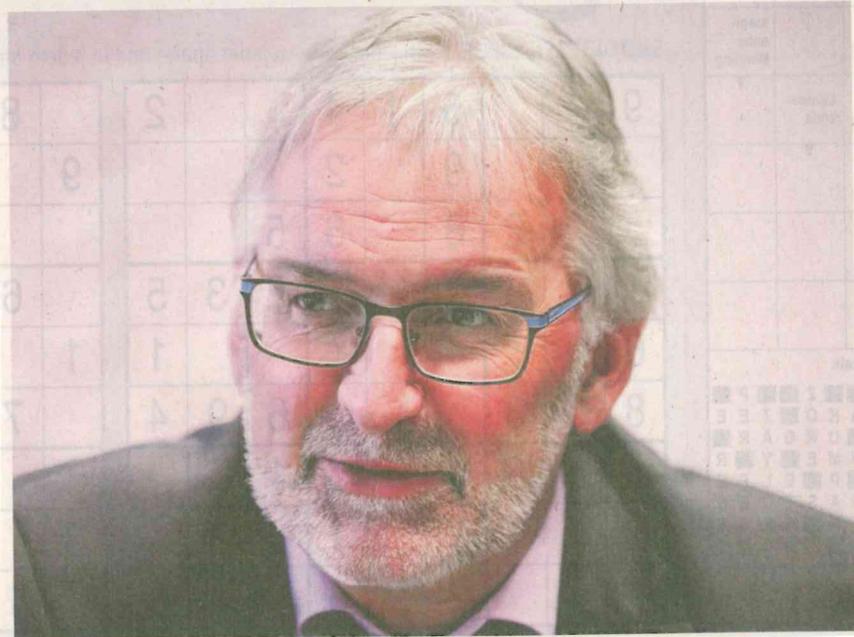
Ob es einen weiteren Treffpunkt zusätzlich zum Dorfpark geben kann, hänge ab von Gesprächen mit den Jugendlichen selbst, ihren konkreten Vorstellungen einerseits und andererseits von den Möglichkeiten und Erwartungen der Stadt an die Nutzung eines solchen Treffpunkts, unterstreicht der Bürgermeister. Bislang fehle es vonseiten der Jugendlichen aber an konkreten Ansprechpartnern.

Henning Rehse von der WNK/UWG hatte am Freitag bei der Stadt angefragt, wer den der Betreiber für einen solchen alternativen Treffpunkt sein könne. Das hänge, so der Bürgermeister, „auch von den weiteren Gesprächen ab und den gegebenenfalls vereinbarten Lösungen.“ Bleek betont aber weiterhin: „Ohne die Übernahme eines Teils der Verantwortung durch die Ju-

gendlichen selbst kann ein autonomer Treff nicht funktionieren.“ Daran werde auch ein Streetworker nichts ändern, der sich ja erst allmählich das Vertrauen der Jugendlichen erwerben müsse. Die Stelle für den Streetworker werde im Übrigen in Kürze ausgeschrieben.

Frühere Bauwagenprojekte könne man nicht vergleichen, sagt Bleek

Zudem hatte Rehse nach Bauwagen gefragt, die vor Jahren sowohl am Braunsberg als auch schon mal in Dabringhausen für Jugendliche aufgestellt wurden. „Die Modelle waren nicht vergleichbar“, sagt Bleek. „Die Blockhütte am Braunsberg war kein autonomer Treff, sondern ausschließlich ein Ort für die Durchführung für von der Stadt betreute Projekte. Der Bauwagen in Dabringhausen konnte von den Jugendlichen jederzeit genutzt werden und wurde nur sporadisch von der Stadt mit betreut. Dort hat es nach einer Anfangsphase auch Beschwerden und Vermüllungen gegeben, letztlich fehlte dann irgendwann auch der Bedarf.“



Ob es einen weiteren Treffpunkt geben könne, hänge von Gesprächen mit Jugendlichen ab, sagt Rainer Bleek.
Foto: Roland Keusch

Streetworker soll Situation im Dorfpark entschärfen

BH 01.08.2019

Im Dorfpark in Dabringhausen gibt es Probleme mit einigen Jugendlichen. Ein Streetworker soll jetzt helfen -

VON SOLVEIG PUDELSKI

DABRINGHAUSEN Die Diskussion über die Probleme mit einigen Jugendlichen im Dorfpark setzt sich jetzt im politischen Raum fort – und die Suche nach einer Entschärfung der Situation und Lösungen für die Jugend, die einen Treffpunkt braucht. Die WNKUWG stellte nach den Vorfällen bei diesem informellen Jugendtreff und nach dem Treffen vor Ort am Freitagabend, zu dem Eltern, Anwohner und einige Politiker gekommen waren, eine Reihe von Fragen an die Stadtspitze. Die

beantwortete Bürgermeister Rainer Bleek bereits am Montag schriftlich.

Wie berichtet, waren die Verbotsschilder – kein Alkohol nach 20 Uhr, keine Beschallung – kurz nach dem Aufstellen demontiert beziehungsweise beschmiert worden. Die Stadt hatte sie aufstellen lassen, um eine Handhabe gegen Ruhestörung und nächtliche Trinkgelage zu haben, über die sich Anwohner beschwert hatten. Diesen Vandalismus könne man nicht hinnehmen, reagierte Bleek empört.

Nun fragt die Fraktion, wann ein Treffpunkt für die Jugendlichen an

alternativer Stelle realisiert werde. Sie interessiert außerdem, wer als Betreiber auftreten werde und welche „Betreibermodelle“ es für den Treff am Braunsberg und auch der damals in Dabringhausen vorhandene Bauwagen gab. Bleek weist darauf hin, dass es bereits einen alternativen Treffpunkt auf dem Schulhof und der überdachten Pausenhalle der Grundschule Höferhof gibt. Mit den Jugendgruppen seien Absprachen zur Benutzung dieses Schulgeländes getroffen worden. Bleek zieht eine Zwischenbilanz: „Bislang läuft das reibungslos und

wird von uns als Modell gesehen für weitere Treffpunkte. Ob es einen weiteren Treffpunkt zusätzlich zum Dorfpark geben kann, hängt ab von Gesprächen mit den Jugendlichen selbst, ihren konkreten Vorstellungen einerseits und andererseits von den Möglichkeiten und Erwartungen der Stadt an die Nutzung eines solchen Treffpunkts.“ Aber bisher fehlten der Stadt Ansprechpartner auf Seiten der Jugendlichen.

Ob es einen Betreiber geben wird, hänge laut Bleek von weiteren Gesprächen und vereinbarten Lösungen ab. Aber die jungen Leute müss-

ten einen Teil der Verantwortung übernehmen, sonst könne ein autonomer Treff nicht funktionieren. „Daran wird auch ein Streetworker nichts ändern, der sich erst allmählich das Vertrauen der Jugendlichen erwerben muss“, so Bleek. Die Stelle für den Streetworker werde in Kürze ausgeschrieben. „Wir halten es für unabdingbar, dass die Situation dort schnellstmöglich vom Streetworker begleitet wird, damit Konflikte sofort entschärft und geklärt, es einen Ansprechpartner für alle Beteiligten gibt, aber auch die Jugendlichen vor Einflüssen und Aktionen Dritter ge-

die Stelle wird derzeit ausgeschrieben.

schützt werden“, teilt Bleek mit.

Die beiden Betreibermodelle seien im Übrigen nicht vergleichbar. Die Blockhütte am Braunsberg sei kein autonomer Treff gewesen, sondern ausschließlich ein Ort für Projekte, die die Stadt anbot. Und der Bauwagen in Dabringhausen konnte von den Jugendlichen jederzeit genutzt werden und wurde nur sporadisch von der Stadt mit betreut. Dort habe es nach einer Anfangsphase aber auch Beschwerden und Müllprobleme gegeben, „letztlich fehlte dann irgendwann auch der Bedarf“.

MONTAGSINTERVIEW HENNING REHSE

„Ich gehe bei Facebook-Posts

Kommunalpolitiker Henning Rehse (WNKUWG) hat mit seinem Post auf Facebook

überlegter vor“

zum Flüchtlingsthema Diskussionen ausgelöst.

BY
12.08.19



Der Stadtrat wird sich nach der Sommerpause mit einem neuen Antrag von Jochen Bilstein (SPD) auseinandersetzen.

FOTO: PUDELSKI (ARCHIV)

Herr Rehse, haben Sie damit gerechnet, dass Sie mit Ihrem Facebook-Post zum Thema „Flüchtlingspolitik und Seenotrettung“ einen so großen Wirbel auslösen? Es war Ihr Satz: „Es geht (bei dem Einsatz von Rettungsschiffen, Anmerk. der Red.) ausschließlich darum, dass bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern.“?

REHSE Geahnt, besser gesagt gewusst habe ich das schon. Denn es war ja von bestimmten Leuten angekündigt, dass man gegen mich vorgehen will.

Sie sind sehr aktiv in den sozialen Medien. Welche Bedeutung hat Facebook für Sie?

REHSE Auf der einen Seite ist man Kommunalpolitiker, auf der anderen Seite ist man ein politisch interessierter Mensch, wenn es um die große Politik geht. Facebook oder die eigene Homepage sind dann Medien, wo man sich mit wichtigen Themen beschäftigen kann, die oberhalb der kommunalen Ebene sind. Nichtsdestotrotz habe ich dazu meine eigene Meinung. Ich bin nicht zimperlich damit, was ich von bestimmten bundespolitischen Themen halte. Und wenn andere sagen, wir teilen deine Meinung nicht, wir finden sie nicht gut, gehe ich damit sportlich um. Ich kann nicht austeilen und dann jammern, wenn ich etwas einstecken muss.

Wenn man etwas äußert, ist man auf der einen Seite Mandatsträger, auf der anderen Seite Privatmann. Wie versuchen Sie, diese Abgrenzung hinzubekommen?

REHSE Gar nicht. Ich stehe dazu, was ich als Mandatsträger sage und als Privatmann. Eine gespaltene Persönlichkeit gibt es bei mir nicht.

Also keine Trennung zwischen Privat-Post und Mandatsträger-Post?

REHSE Das kann man nicht trennen. Da bin ich im Übrigen mit Jochen Bilstein (Anmerk. der Red.: SPD-Fraktionsvorsitzender) darüber einig: Man ist nur eine Person, die hat eine Meinung als Mandatsträger und die hat eine Meinung als Privatperson. Das wäre ja eine Situation, die Bilstein als Dr. Jekyll und Mr. Hyde beschreibt. Ich glaube aber, dass die Intensität der Beiträge damit zusammenhängt, um wel-

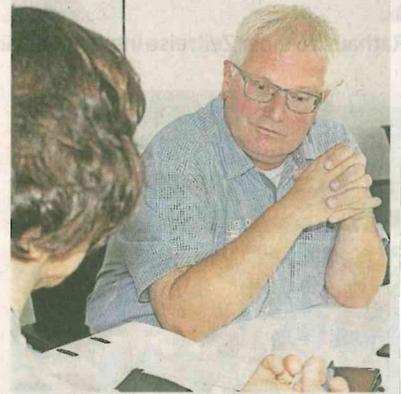
che Themen es geht. Kommunalpolitik ist zwar wichtig, aber sie ist zu 99 Prozent immer kuschelig. Es gibt auch mal Themen, bei denen man sich böse ist. Sie kennen das Beispiel Loches-Platz, zu dem wir eine andere Meinung hatten. Da warf man uns vor, wir wären korrupt. Da muss man dann durch. Oder als es um unsere Anfrage geht, welche Kosten für Flüchtlinge in Wermelskirchen entstehen, hieß es: Die Anfrage ist einfach nur igitt.

Glauben Sie denn, der Bürger unterscheidet, was Sie als Politiker und was Sie als Privatmann posten?

REHSE Nein, für mich gehört das zusammen. Die Bürger sollen wissen, welche kommunalpolitische Arbeit ich mache. Sie sollen aber auch wissen, für welche bundes- und europapolitischen Positionen ich stehe.

SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Bilstein hat im Ältestenrat vorgeschlagen, dass sich Mandatsträger freiwillig auf bestimmte Regeln einigen, auch was den Auftritt in den Sozialen Medien angeht. Politiker hätten eine Vorbildfunktion. Wie sehen Sie das?

REHSE Zunächst einmal hat die Verwaltung herausgearbeitet, dass der Antrag, eine Rüge zu erteilen, in kein-



Henning Rehse im Redaktionsgespräch.

FOTO: GUIDO RADTKE

Rechtssystem reinpasst. Dann stellte sich heraus, dass es mit dem Ehrenkodex auch nicht funktioniert. Und jetzt geht es darum, dass Jochen Bilstein etwas formulieren wird, wo es um Themen wie Vermeidung von Rassismus und Diskriminierung, Achtung der Menschenrechte geht. Das ist doch alles selbstverständlich. Aber dann stellte sich an konkreten Fallbeispielen heraus, dass die Meinungen darüber, was denn Hass und Hetze seien, total auseinander gehen.

Wo ordnen Sie sich denn politisch ein?

REHSE Da gibt es ein Polit-Navi, das ich ausprobiert habe. Da werden 38

Fragen gestellt, die ich beantwortet habe. Danach wird man eingeordnet. Hier schauen Sie mal (zeigt die Grafik mit dem Zuordnungsprofil), der schwarze Punkt bin ich: ganz furchtbar in der Mitte (lacht).

Und wie ordnen Sie sich selber ein, ungeachtet dieser Umfrage?

REHSE Wenn ich in Bayern wohnen würde, wäre ich bei der CSU. Das Christliche, das Ordnungsstaatliche, das Konservative, das Soziale – das ist eigentlich meins.

Aber es gibt auch Themen, bei denen Sie davon etwas abweichen?

REHSE Wenn ich die Programmatik der CSU anschau, wüsste ich keinen Punkt, von dem ich abweiche. Ich habe immer die Flüchtlingspolitik von Seehofer unterstützt. Beim gesellschaftspolitischen Bild bin ich ganz bei der CSU. Ich bin genauso wenig fremdenfeindlich wie die CSU, aber genauso grünenfeindlich wie die CSU ist.

Sie stehen dann auch zu der Aussage, dass es für Flüchtlinge Grenzen der Aufnahmekapazitäten gibt?

REHSE Ja, natürlich. Es muss eine Begrenzung geben. Wir müssen uns die Frage stellen, wie viel können und wollen wir aufnehmen. Und wie viel Vielfalt wollen wir. Es fehlt in dieser

Gesellschaft der Grundkonsens, wo wir eigentlich hin wollen.

Stehen Sie noch zu dem Satz, den Sie gepostet haben?

REHSE Ja, dazu stehe ich. Es ging gar nicht so um das Thema Flüchtlinge, es geht um das Thema des gesamten „Wohin wollen wir?“. Mein Satz ist in dem Zusammenhang mit vielen Aussagen der Grünen zu Deutschland zu sehen, die in die Richtung gehen, die Joschka Fischer in seinem Buch „Risiko Deutschland“ schrieb: „Deutschland muss von außen eingeeht, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“

Es ist oft das Problem, dass Zitate aus dem Zusammenhang herausgenommen werden und niemand weiß, wo sie herkommen. Heißt das für Sie, dass Sie beim Posten mehr darauf achten, was und wie Sie posten?

REHSE Ja, wenn Sie mein Profil verfolgen, werden Sie sehen, dass ich seit einigen Wochen zurückhaltender geworden bin, dass ich mehr überlege, wie ich insbesondere im Hinblick auf eigene Kommentierungen poste. Insbesondere weil mir Kollege Klicki (Anmerk. der Red.: CDU-Fraktionsvorsitzender und Jurist Christian Klicki) geraten

INFO

Fraktionsvorsitzender der SPD stellte Antrag

Rüge SPD-Fraktionsvorsitzenden Jochen Bilstein hat nach dem Post von Henning Rehse beantragt, der Stadtrat möge Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der der WNKUWG (Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik - Unabhängige Wählergemeinschaft) für seine Äußerung auf Facebook über die Seenotrettung von Flüchtlingen rügen. Formalrechtlich ist dies nicht möglich. Diesen Antrag hat die SPD später zurückgenommen.

hat: Passe bei bestimmten Formulierungen auf, dass diese nicht auf einmal justiziabel werden können. Da passe ich mehr auf. Man kann auch mal einen Artikel posten und ihn ohne Kommentar stehen lassen, ohne dass man ihn noch mal durch die Mangel nimmt und mit einem unbedachten Wort aufturne.

Sie sind jetzt vorsichtiger bei Ihren Posts?

REHSE Nein, aber überlegter. Klicki hat darauf hingewiesen, dass Leute auch etwas konstruieren könnten, was dann falsch auslegbar wäre. Und dann hast du einen Riesenärger. Ich überlege also, ob es Formulierungen sind, die unter eine solche Klasse fallen und dann lasse ich sie weg. Klicki hatte mir einige Beispiele genannt, die auch für mich als Nicht-Juristen plastisch waren. Und daran kann man sich dann halten und ist blitzesauber.

Würden Sie sich an Regeln halten, wenn die Ratsmehrheit sie beschließt?

REHSE Ja, denn das, was im Ältestenrat vorgestellt wurde, „wir äußern uns nicht fremdenfeindlich, wir äußern uns nicht rassistisch, wir äußern uns nicht diskriminierend, wir wollen den Gegenüber nicht beleidigen“, sind doch Selbstverständlichkeiten. Aber die Anschlussdiskussion zeigte, dass auch hier der Teufel im Detail und in der subjektiven Wahrnehmung steckt, was Ende des Tages diskriminierend sei.

DAS GESPRÄCH IN DER REDAKTION FÜHRTEN GUIDO RADTKE UND SOLVEIG PUDELSKI

Freie Wähler beantragen Geld für die Anschaffung von Spielgeräten

BM
13.09.
2014

WERMELSKIRCHEN (pd) Die Freien Wähler im Landschaftsverband Rheinland (LVR) wollen die finanzielle Ausstattung zur Förderung von Menschen mit Behinderungen beispielsweise in Kitas, Schulen und Arbeitsplätzen auf Spielplätze erweitern. Ein Antrag soll im Herbst eingebracht und bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2020/2021 beschlossen werden. Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, bringt das Kernanliegen auf den Punkt. „Als größter deutscher Leistungsträger für Menschen mit Behinderung ist es unsere besondere Pflicht, unser Engagement für eine inklusive Gesellschaft gerade dort anzusetzen, wo die entscheidende Grund-

dere Unterstützung und besonderes Augenmerk durch die öffentlichen Träger, so die Freien Wähler. Auf Spielplätzen könnten sich behinderte und nicht behinderte Kinder unvoreingenommen begegnen und ein gemeinsames Miteinander einüben, lernen und erleben, argumentieren die Freien Wähler. Auf diese Weise könne bereits im Kindesalter die Grundlage für ein dauerhaftes besseres Verständnis zwischen Behinderten und Nichtbehinderten geschaffen werden.

Diese Förderlücke wollen die Freien Wähler mit ihrem Antrag schließen. Er zielt darauf ab, geeignetes Spielmaterial anzuschaffen, das von

beiden Gruppen gleichermaßen genutzt werden kann. Besonderen Wert legen die Freien Wähler darauf, dass nur Spielgeräte zur Verfügung gestellt werden, die der Inklusion dienen und geeignet sind, das Ziel „Kinder helfen Kinder“ ohne Mithilfe von Erwachsenen zu erreichen. Im besten Fall sollen die Spielgeräte auch von Kindern im Rollstuhl benutzt werden können. Das gemeinsame Spielerlebnis zur Förderung und Unterstützung des sozialemotionalen Verhaltens der Kinder steht im Vordergrund der Überlegungen der Freien Wähler. Hierzu zählen auch ein behindertenfreundlicher und barrierefreier Zugang.

„Inklusion im Kindesalter schafft die Basis für eine tolerante und empathische Gesellschaft“

Henning Rehse

Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Landschaftsverband Rheinland

lage für eine erfolgreiche Inklusion geschaffen werden kann, nämlich bei den Kindern. Inklusion im Kindesalter schafft die Basis für eine tolerante und empathische Gesellschaft.“ Er erinnert gleichzeitig an die kommunale Verantwortung und appelliert an die Städte und Landkreise, sich an dieser Gesamtaufgabe im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge zu beteiligen.

Die Freien Wähler bemängeln, dass in der Kette der förderfähigen Maßnahmen bisher keine Spielplätze enthalten sind. Sie aber zählen zu den ersten Begegnungsstätten für Kinder, sind für die soziale Entwicklung und den sozialen Umgang wichtig. Sie verdienen daher beson-



Mehr Geld für Spielgeräte fordern die Freien Wähler im Landschaftsverband. Ein Antrag soll im Herbst eingebracht werden.

SYMBOLBILD: HEINZ SCHILD

Skater hoffen auf breite Unterstützung

Jugendfreizeitpark: Größeres Engagement des Bürgermeisters bei der Spendenakquise forderten Mitglieder der Freiwilligenbörse.

Von Nadja Lehmann

Jeder Euro für den Jugendfreizeitpark ist willkommen. Nach langem Ringen scheint er nun tatsächlich einer Realisierung näher denn je: Es gibt online eine Spendentafel, es gibt Flyer, die ausliegen, um über das Projekt zu informieren und um Unterstützung zu bitten. Im Frühjahr hatte Bürgermeister Rainer Bleek die Spendenaktion gestartet; er ist auch derjenige, der die Firmen anspricht, und versucht, auch Wirtschaft und Industrie ins Spendenboot zu holen.

Genau daran aber gab es jetzt Kritik. Als kürzlich Peter Siebel und Hans-Erwin Hermann bei den Skatern im AJZ Bahndamm waren, um im Namen der Freiwilligenbörse 1000 Euro zu überreichen und eine Dankesurkunde entgegen zu nehmen, forderten beide

ein sichtbarer Engagement des Bürgermeisters. „Er wollte sich explizit um die Firmen kümmern“, hob Peter Siebel hervor. Er ist Geschäftsführer der Diakoniestation Wermelskirchen: „Wir haben von ihm noch nichts gehört.“ Auch dass Bleek in seiner Akquise noch keine Zahlen genannt habe, sei nicht zielführend. Peter Siebel: „Der Freizeitpark ist das erste Projekt im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept. Würde es scheitern, wäre das ein denkbar schlechter Startschuss.“

„Wir sind mitten in der Spendenaktion. Da gebe ich zwischendurch keine Wasserstandsmeldung“, sagt Bürgermeister Rainer Bleek auf WGA-Anfrage. Zudem gelte es derzeit, steuerrechtliche Restriktionen zu klären. Für persönliche Besuche bei Firmen und

AJZ BAHNDAMM

WtA
23.08.

TERMIN Seine Wiedereröffnung feiert der AJZ Bahndamm am Samstag, 31. August, ab 14 Uhr. Um 16 Uhr beginnt der Contest, ab 21 Uhr spielen Bands. Gastgeber sind Flipoff und AJZ Bahndamm; der Erlös kommt dem geplanten Jugendfreizeitpark zugute. Im kommenden Jahr feiert der AJZ Bahndamm 30-jähriges Bestehen. Bis dahin müssen die maroden Rampen, so Frank Kaluscha, abgebaut sein.

Unternehmen brauche er valide Informationen; erste Resonanzen seien aber positiv gewesen. „Wir haben ja ein gemeinsames Interesse“, sagt Bleek: „Wir wünschen uns den Zuzug von Fachkräften und befinden uns da in Konkurrenz zu anderen Städten. Die Menschen gucken sich genau an, wo sie hinziehen, und da spielen Dinge wie Freizeit und Erholung eine große Rolle.“ Er sei optimistisch, dass auch der Rat

auf seiner Sitzung im Dezember den Weg frei machen werde: „Es sind noch nicht alle Einwände vom Tisch, aber der Jugendfreizeitpark ist ein gutes und wichtiges Projekt.“

Frank Kaluscha, Grünenpolitiker und aktiv beim AJZ, hatte Bleek bei der dortigen Spendenübergabe in Schutz genommen: Es sei ja noch Sommerpause. Und auch Henning Rehse (WNK UWG) stellte sich nun vor Bleek: „Man mag zu dem Projekt grundsätzlich, vom Standort, von den Kosten her, stehen, wie man will, dem Bürgermeister aber mangelndes Engagement zu unterstellen, ist schlichtweg unwahr, unredlich und unfair. Es gibt niemanden in Verwaltung und Politik, der sich derart für das Projekt einsetzt.“

Rehse kritisierte hingegen Kaluscha. Der hatte bei dem Termin im AJZ nämlich gefordert, dass der Steuerzahler ebenfalls etwas zum Projekt beitragen solle. „Ratsmitglied Kaluscha ist dringend aufge-

fordert, einen Kurs in Gemeindefinanzierung zu besuchen. Woher glaubt er denn, nimmt das Land die 70 Prozent Fördermittel? Aus dem Farbkopierer? Diese Fördermittel sind bereits ausschließlich aus Steuern finanziert“, sagt Rehse.

Henning Rehse fordert den Einsatz über Politik und Verwaltung hinaus

Der geplante Jugendfreizeitpark an der Dellmannstraße ist Bestandteil des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzepts. Seine Kosten belaufen sich auf rund 750 000 Euro und werden zu 70 Prozent aus Landesmitteln gefördert. Der Eigenanteil der Stadt liegt somit bei rund 225 000 Euro. Diese sollen durch Spenden zusammengetragen werden.

„Jetzt kommt der Zeitpunkt, wo alle gesellschaftlichen Kräfte - und halt nicht nur Politik und Verwaltung - beweisen müssen, wie wichtig ihnen das Projekt wirklich ist“, sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. » Standpunkt

STANDPUNKT

Der Bedarf ist bekannt

Von Nadja Lehmann

Der Jugendfreizeitpark und der Bürgermeister – „das ist sein Baby“, hatte auch Kirstin Wirtz, Sprecherin der Stadtverwaltung, spontan gesagt. Und genau das unterstreicht auch Henning Rehse (WNK UWG). Rainer Bleek hat den Part auf sich genommen, bei Firmen und Unternehmen anzuklopfen und um finanzielle Unterstützung zu bitten. Zum Beispiel beim Wirtschaftsgremium Wermelskirchen der IHK Köln: Positiv sei die Resonanz gewesen, urteilt der Bürgermeister. Zahlen indes mag er nicht nennen. Das ist insofern schade, weil es für mehr Transparenz sorgen würde. Weit wichtiger aber scheint

zu sein, dass die beiden Spenden-Stränge sich enger miteinander verzahnen. Es wäre nicht klug, sich allein auf die Unterstützung Wermelskirchener Firmen zu verlassen. Beim Jugendfreizeitpark ist jeder gefragt, Flagge zu zeigen. Wem dies wichtig ist, kann spenden – und dabei hilft auch der kleinste Betrag. Das Thema und der Bedarf sind bekannt. Dafür muss der Bürgermeister nicht an jeder Türe klingeln.

» Skater ...



nadja.lehmann@
rga-online.de